

**SPD-Fraktion**      **CDU-Fraktion**      **WIR für Marl**      **FDP-Fraktion**  
**buergerunion marl**      **WG Die Grünen**      **DIE LINKE**

An den Vorsitzenden des Rates der Stadt Marl  
Herrn Bürgermeister Werner Arndt  
Rathaus

Marl, 14.03.2012

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, WIR für Marl, FDP, buergerunion marl, WG Die Grünen und DIE LINKE betr.: Resolution Solidarbeitrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Arndt,

Der Solidaritätszuschlag ist wichtig und nach wie vor für viele Aufgaben in den ostdeutschen Bundesländern nötig. In einigen westlichen Bundesländern insbesondere in Nordrhein-Westfalen mit den Städten des Ruhrgebiets, hat sich die finanzielle Situation in den vergangenen 20 Jahren jedoch dramatisch verschlechtert.

Die Auswirkungen der permanenten Unterfinanzierung der Städte macht es ihnen unmöglich, ihre städtischen Infrastrukturen zu erhalten und zukunftsgerecht weiterzuentwickeln. Die Einschnitte bei Bildung und Sozialeinrichtungen, Kultur und Sport bringen die Kommunen an die Gefährdungsgrenze, wo der soziale Zusammenhalt verloren geht. Und dennoch sind diese Städte – auch Marl – verpflichtet, Jahr für Jahr Kredite aufzunehmen, um den Solidarbeitrag leisten zu können.

Für eine Abschaffung des Solidarbeitrages zeichnet sich bundesweit und parteiübergreifend keine politische Mehrheit ab. **Deshalb muss alternativ die einseitige Ausrichtung des Solidarbeitrages verändert werden.** Gemäß des Auftrages des Grundgesetzes, gleiche Lebensverhältnisse zu garantieren, müssen die Mittel des Solidarzuschlages nach den Bedürftigkeiten der Regionen eingesetzt werden.

Der Rat der Stadt Marl fordert Bundesregierung und Bundestag deshalb auf, die Verteilung des Solidarbeitrages zu verändern:

**Die Einnahmen aus dem Solidarbeitrag werden nach dem Maßstab der regionalen Bedürftigkeit eingesetzt. Kommunen aus allen Bundesländern können auf diese Gelder zurückgreifen, sofern sie die Kriterien erfüllen.**

Die Landesregierung und der Landtag werden aufgefordert, die Marler Initiative über den Bundesrat zu unterstützen.

Damit könnte die Infrastruktur in strukturschwachen Regionen wie dem Ruhrgebiet gefördert werden. Es kann so längerfristig die Wirtschaftskraft der Städte gestärkt werden. Diese Mittel könnten dann auch zur Co-Finanzierung von Landes-, Bundes- und EU-Förderprojekten genutzt werden. Damit würde auch dieses Problem für die überschuldeten Städte gelöst.

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

WIR für Marl

FDP-Fraktion

buergerunion marl

WG Die Grünen

DIE LINKE

---